

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Berlin 10 RM. im voraus zahlbar. Für Fortführung werden sämtliche Vorauszahlungen erbeten. Unter Streifenband besorgen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 RM., für das übrige Ausland 27 RM. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 RM. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die abgesetzten Kopierrechte oder deren Raum kostet 1.- RM. einschließlich Anzeigenpreis. Kleine Anzeigen: Das jetzige Wort 2.- RM., jedes weitere Wort 1,50 RM. einschließlich Anzeigenpreis. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 RM. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das jetzige Wort 1,50 RM., jedes weitere Wort 1.- RM. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutschland ohne Regierung

Konfusion

Noch keine Lösung der Regierungskrise

Auch der pessimistischste Kritiker der deutschen bürgerlichen Politik mußte denken, daß die Konfusion und Verwirrtheit der letzten Wochen und Tage nicht mehr überboten werden könne. Das war falsch gedacht. Es zeigt sich, daß auch dieser Gipfel noch zu übersteigen ist.

Die Vorgänge bei der Kabinettsbildung grenzen wirklich an das Unglaubliche. Die Fraktionsführer und der Reichspräsident Ebert scheinen den Moment für geeignet zu halten, ihren privaten Marotten nachzugeben, was natürlich jede Lösung verzögert. Wie stehen denn die Dinge? Die Regierung ist ohne Parlamentsumgebung zurückgetreten. Der Rücktritt ist im Einvernehmen mit den Regierungsparteien erfolgt. Es ist klar, daß, wenn parlamentarisch korrekt und sachlich zweckentsprechend vorgegangen wird, die Regierungsparteien die Neubildung des Kabinetts übernehmen müssen. Das ist diesmal um so klarer, da sowohl die äußerste Rechte als die sozialistischen Parteien nicht an der Regierungsbildung beteiligt sein wollen. Herr Ebert scheint aber den Regierungsparteien die Verantwortung abnehmen zu wollen und sucht nach einer „neutralen“, außerhalb des Parlaments stehenden Persönlichkeit, der Himmel weiß warum.

Ist das schon einseitig, so wird die Sache grotesk, sobald als eine solche Persönlichkeit der Fürst Bülow genannt wird. Man weiß vorläufig noch nicht sicher, ob diese Kandidatur der Einsfall Eberts oder der des Dr. Stresemann gewesen ist. Das ist nun in der Tat nicht mehr zu überbieten, da Bethmann nicht mehr lebt, und deshalb nicht zum Reichkanzler vorgeschlagen werden kann. Bülow, der Hauptrepräsentant der wilhelminischen Zirkelpolitik, die objektiv den Krieg, den Zusammenschluß aller gegen Deutschland und die Niederlage vorbereitet hat, im gegenwärtigen Augenblick als Reichkanzler, da hört fast jedes Verständnis auf, und es bleibt nur noch Raum für die Diagnose des Psychiaters.

Man muß aber den Herrschaften deutlich sagen, daß mit jeder Stunde, die jetzt verloren wird, ihre Verantwortung ins Ungemessene wächst. Es brennt in Ober-Schlesien, das Ultimatum ist da, und in fünf Tagen muß die schwerwiegendste Entscheidung, die das Schicksal Deutschlands auf lange hinaus bestimmt, getroffen sein. Wenn aber der heutige Tag mit ähnlichen Betrübnissen ausgefüllt wird, dann wird die Lösung der Krise noch mehr erschwert, weil

die fraktionellen Gegensätze innerhalb der Koalition gesteigert werden und jeder dieser ausgefallenen Pläne neue Widerstände schafft.

Unterdessen gehen auch nationalistische Treiber ein. Es ist charakteristisch, daß der Widerstand sowohl bei der Deutschen Volkspartei als auch bei den Deutschnationalen gegen die Annahme der wirtschaftlichen Forderungen in der letzten Zeit sichtbar abgenommen hatte. Seitdem aber durch das Ultimatum bekannt wird, daß die Durchführung der Entwaffnung und die Verteilung der Kriegsverbrecher gefordert wird, beginnt sich dieser Widerstand rasch zu steigern. Den sogenannten nationalen Kreisen geht es nicht um das Wohl und Wehe der Nation, sondern um die Aufrechterhaltung der reaktionären bewaffneten Organisationen und um den Schutz ihrer Generale und Offiziere. Das ist für sie das Wichtigste, weil sie mittels der Orgeß hoffen, über kurz oder lang wieder ihre Herrschaft, wenn auch über eine wirtschaftlich verelendete Nation, aufrichten zu können. Daher ihre Forderung, man dürfe aus diesen Gründen das Ultimatum nicht annehmen. Es muß dazu aber noch gesagt werden, daß das, was die Entente damit verlangt, nichts Neues ist, sondern im Abkommen von Spaa feierlich von der deutschen Regierung unterschrieben ist. Jede Regierung ist damit verpflichtet, diesen Vertrag zu halten. Das hat auch die Regierung Fehrenbach-Simons anerkannt. Die Durchführung scheiterte an dem Ministerium Kahr. Jetzt machen die Deutschnationalen die Politik des Kahrs, die Politik der Orgeß, der Vorbereitung zum Sturz der Republik, zu ihrem Programm in der Auswärtigen Politik!

Berlin, 6. Mai.

Die Vorbereitungen zur Bildung der neuen Regierung sind im Gange. Die endgültige Entschliessung kann naturgemäß erst erfolgen, wenn die Stellung der für die Zusammensetzung der Regierung in Betracht kommenden Parteien zu der wichtigsten politischen Gegenwartsfrage, der Verantwortung des Ultimatum, geklärt ist. Das zur Beurteilung dieser Frage erforderliche vollständige Material dürfte noch im Laufe des heutigen Tages eintreffen.

Eine lächerliche Rundgebung! „Es ist noch immer zu wenig Material!“ Und die Parteien sollen zuerst entscheiden, nicht die zu bildende Regierung! Geht's so weiter, so wird die Regierung glücklich gebildet sein bis das Ultimatum abgelaufen ist.

Weitere Bedingungen des Londoner Ultimatum

E. C. Paris, 6. Mai.

Außer den bereits bekannten Punkten enthält das Londoner Abkommen zahlreiche andere Bestimmungen, die für Deutschland von Bedeutung sind, zunächst zwei schwerwiegende Art:

1. Frankreich wird fortan für die deutsche Kohle nurmehr den Inlandspreis bezahlen müssen, und diese zu Wasser oder zu Lande geliefert erhalten.

2. Die Besatzungskosten werden vermindert werden, indem die englischen Truppen geringere Zahlungen erhalten werden.

Vor dem 31. Mai muß Deutschland die Einsetzung der Garantiekommision annehmen. Vor dem 31. Mai muß Deutschland ferner eine Milliarde Goldmark entweder in ausländischen Devisen oder in Monatswechseln bezahlt haben. Bis zum 15. Mai muß die Auslieferung der Flugzeuge und bis zum 31. Mai die Auflösung der Einwohnerwehren und die Zerstörung der im Bau befindlichen Kriegsschiffe beendet sein.

Die Garantien

Wie dem „Temps“ aus London berichtet wird, bestehen die Garantien, die von der deutschen Regierung verlangt werden:

1. in den Zollentnahmen und den verschiedenen See- und Landabgaben, besonders aber in der Steuer auf die Ein- und Ausfuhr;

2. in dem Ergebnis der 25prozentigen Abgabe vom Werte jeder Ausfuhr aus Deutschland. Besteht hieron sollen die Werten sein, die in Länder gehen, wo eine Abgabe vom Verkaufswert deutscher Waren von mindestens 25 Prozent vorgeschrieben ist;

3. endlich soll als Garantie dienen jede direkte oder indirekte Abgabe oder jede andere Zahlungsart, die die deutsche Regierung vorgeschlagen

werde und die das einzusetzende Garantiekomitee annehme, um das Erträgnis der beiden ersten Zahlungsmobalitäten zu ersetzen oder zu vervollkommen. Der einzusetzende Garantienauswah habe nicht die Berechtigung, in die deutsche Verwaltung einzutreten.

Lloyd George über die Konferenz

Die Entwaffnung — die fundamentale Frage

London, 5. Mai.

Im Unterhaus erklärte Lloyd George zur Reparationsfrage, die Konferenz, die heute vormittag zu Ende gegangen sei, sei eine der wichtigsten und bedeutsamsten in der Reihe der Konferenzen gewesen, die vor kurzem stattgefunden hätten. Als diese Konferenz zusammengetreten sei, sei die Lage die gewesen, daß Deutschland seine Verpflichtungen mit Bezug auf die Durchführung einer Anzahl der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages nicht erfüllt hatte, nämlich Entwaffnung, Aburteilung der Kriegsverbrecher, Reparationen und vier oder fünf andere Fragen von sehr beträchtlicher Bedeutung. Die Alliierten hätten während der letzten zwei Jahre große Rücksicht gezeigt. Sie hätten niemals auf den Buchstaben der Verpflichtungen bestanden. Da, wo Deutschland berechtigten Schwierigkeiten zu begegnen hatte und wo es zeigen konnte, daß es sein Bestes tat, um den Forderungen des Vertrages nachzukommen unter Bedingungen, über die es keine Kontrolle hatte und die die Erfüllung dieser Forderungen schwierig gestalteten, hätten die Alliierten in jedem Falle Zugeständnisse gemacht, indem sie die Zeit ausdehnten und es Deutschland im allgemeinen leichter machten, den Schwierigkeiten, denen es gegenüberstand, zu begegnen. Lloyd George sagte, er könne sich keines einzigen Falles erinnern, wo die Alliierten ungebührlich hart in ihrer Aktion gewesen seien, im Gegenteil. Der erste wichtige Faktor ungewisser Voraussicht sei die Entwaffnung, die nicht allein die Grundlage des Vertrages sei, sondern auch die der künftigen Ruhe in Europa. Wenn keine Garantie bestünde, daß die fürchtbare Maschine

Deutschlands, die für die großen Rüstungen Europas und für den fürchtbaren Krieg verantwortlich gewesen sei, für immer verschunden sei, bestehe keine Gewähr für die Freiheit und den Frieden Europas.

Daher sei die Entwaffnung als fundamentale Frage angesehen worden.

Lloyd George erklärte, er wüßte Deutschland volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und wolle daher gleich vorweg sagen, daß in gewisser Hinsicht die Erfüllung der Bedingungen bezüglich dieses wichtigen Teils des Friedensvertrages durch Deutschland hoch befriedigend gewesen sei, in anderen Punkten dagegen sehr unbefriedigend. Er freute sich, sagen zu können, daß die Richtung, in der Deutschlands Erfüllung der Bedingungen befriedigend gewesen sei, eine sehr vitale sei. Die Auslieferung und die Zerstörung der großen deutschen Geschütze könne nach Ansicht der militärischen Ratgeber der Alliierten als äußerst befriedigend angesehen werden, trotzdem sie nicht vollständig sei, denn es müßten noch immer 500 bis 600 Geschütze ausgeliefert werden. Lloyd George nannte die Zahlen der bisher ausgelieferten Geschütze und Munitionsmengen und bemerkte, daß 133 Millionen Granaten eine Idee von den riesenhaften Vorbereitungen Deutschlands geben könnten.

Der Premierminister erklärte, als die Konferenz von Spaa stattgefunden habe, sei die Lage der Dinge nicht so befriedigend gewesen, wie sie es hätte sein können. Damals habe Deutschland immer noch eine sehr große Zahl von Geschützen und Maschinen-gewehren besessen, während das deutsche Heer damals 200 000 Mann statt 100 000 Mann betragen habe. Die Spaa-Konferenz habe sehr gute Arbeit geleistet, und Deutschland habe nach dieser Konferenz eine wirkliche Anstrengung gemacht, um sein Heer auf 100 000 Mann herabzusehen, weitere 5500 Geschütze, sowie große Mengen Granaten und zwei Millionen Gewehre ausgeliefert.

Ueber die Punkte sprechend, in denen die Erfüllung des Friedensvertrages immer noch unbefriedigend sei, erklärte Lloyd George, es seien immer noch viel zu viele Maschinengewehre und Gewehre nicht ausgeliefert, und außerdem sei eine beachtliche Tatsache das Bestehen unregelmäßiger militärischer Organisationen in Deutschland, die zusammengezogen der Kern des fürchtbaren Heeres werden könnten. Frankreich und Belgien seien natürlich aus sehr guten Gründen bedacht, daß diese Bedingungen erzwungen werden.

Lloyd George fuhr fort: Nicht daß Deutschland irgendwie (welche Partei auch immer an die Macht komme) plötzlich eine Streikkraft organisieren könne, die entweder Belgien oder Frankreich angreifen könnte — aber trotzdem, solange große Truppenkräfte in Deutschland vorhanden seien, die den Kern für militärische Organisationen bildeten (z. B. befänden sich in Deutschland immer noch eine sehr große Zahl von Offizieren und Unteroffizieren des früheren Heeres und eine sehr fähige industrielle Bevölkerung, die in einer sehr kurzen Zeit eine Zerstörungsmaschine improvisieren könnte), sei es ganz unmöglich für Frankreich ruhig zu sein. Frankreich müsse fortfahren zu rüsten und sein Auge auf seine Obergrenze gerichtet halten.

Lloyd George beschäftigt sich darauf mit der öffentlichen Meinung in Deutschland. Diese habe die Regierung nicht nur gedrängt, gegen diese Forderungen der Wiedergutmachung anzukämpfen, die berechtigt seien, sondern auch gegen die Verpflichtungen Deutschlands, und als man auf deutscher Seite sich weigerte, diesen Verpflichtungen gegenüberzutreten, sei man jubelt, ermutigt und unterstützt worden.

In dem Protokoll, das dem Friedensvertrag angefügt sei, und das ein wichtigeres Dokument sei, als allgemein voll gewürdigt werde, wird Deutschland aufgefordert, ein Angebot vor Bildung der gesamten an Deutschland gestellten Forderungen zu machen. Es sei ganz klar, daß, wenn das Angebot billig und verständlich gewesen wäre, obwohl es vielleicht nicht an die Grenze herangereicht hätte, es begreiflicherweise für die Alliierten besser gewesen wäre, dieses Angebot anzunehmen, als eine höhere Summe als Ergebnis eines Zwanges zu erreichen. Dies sei Deutschlands Gelegenheit gewesen, die ihm endgültig und vorzüglich in dem Schreiben gegeben worden sei, das dem Vertrage angefügt wurde. Deutschland habe dazu vier Monate Zeit erhalten. Es habe nie einen darauf bezüglichen Schritt unternommen. Die Alliierten hätten die Zeit ausgedehnt, dann Deutschlands Aufmerksamkeit darauf gelenkt und es eingeladen, ein Angebot zu machen. Deutschland habe nur sehr langsam Schritte getan, und, als das Angebot erfolgte, sei es augenscheinlich ungenügend gewesen, daß es eine solche Herausforderung des Friedensvertrages bedeutete. Unter diesen Umständen sei es wesentlich, daß die Alliierten es Deutschland klar machen, daß, während sie bereit seien, alle Schwierigkeiten politischer und wirtschaftlicher Art Deutschlands in Betracht zu ziehen, sie darauf bestehen müßten, daß der Friedensvertrag respektiert und als wirkliche Grundlage irgendeines Angebotes angenommen würde. (Beifall.)

Da alle Bemühungen — und es seien viele gewesen: von Logne, Spaa, Brüssel und London — Deutschland zu veranlassen, ein bona fide-Angebot zu unterbreiten, erfolglos geblieben seien, so blies nichts übrig als die Bedingungen des Friedensvertrages in Tätigkeit treten zu lassen, und die Reparationskommission habe ihre Entscheidung gefällt.

Lloyd George äußerte sich dann auch ausführlich über die neuen finanziellen Bedingungen der Alliierten und

erwähnte die für Deutschland bestehende Schwierigkeit, außerhalb seiner Grenzen eine Schuld zu bezahlen die es anderen Ländern schulde. Zum Schluß erklärte er unter Beifall, er glaube nicht, daß die Alliierten Unbilliges von Deutschland verlangten. Deutschland habe einen Vorteil durch die Entwertung seiner Mark bei der Verminderung seiner nationalen Schuld, die leichter sei als die in England. Die Alliierten hätten drei Fragen erwogen: die Beträge, die gerechter Weise von Deutschland erhoben werden könnten, die Methode der Bezahlung und die Garantien für die Bezahlung. Die Alliierten hätten diese Fragen sorgfältig und gewissenhaft erwogen mit dem ernstlichen Wunsch, nichts aufzuerlegen, was hart und unbillig sei. Der Premierminister erklärte, ihm sei eher daran gelegen, mit Deutschland und seinen Führern, deren Aufgabe keineswegs leicht sei, fair zu verfahren. Denn, so sagte Lloyd George, ebenso wie wir müssen auch sie in Deutschland mit der öffentlichen Meinung rechnen, und die deutschen Staatsmänner müssen nachher mit der Erklärung vor ihr Land treten: Wir haben Verpflichtungen übernommen, die Euch eine gigantische Last auferlegen. Für jeden Staatsmann sei es schwer, seinem Volke solches zu sagen.

Nach Lloyd Georges erklärte Robert Cecil, Vorbedingung eines wirklichen und dauerhaften Friedens sei die Festigung der Autorität des Völkerbundes. England lege außerordentliches Gewicht auf Frankreichs Freundschaft, aber in England beständen Besorgungen, daß die Franzosen sich zu Maßnahmen hinreißten lassen könnten, die Großbritannien nicht billigen könne. Der Redner drückte die Hoffnung aus, Deutschland werde die Bedingungen der Alliierten annehmen, damit die Anwendung von Zwang nicht notwendig werde.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Asquith, Voraussetzung für die Wiederherstellung der Wirtschaftslage in Europa und der ganzen Welt sei, daß man wieder zu dem System der Verträge zurückkehre.

Lord Curzon im Oberhaus

Das Oberhaus hat heute in zweiter Lesung die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Ungarn vorgenommen. Darauf ergriff Lord Curzon das Wort, um über die Londoner Konferenz Bericht zu erstatten und hielt eine ähnliche Rede wie Lloyd George. Dabei erklärte u. a., der letzte Gedanke der uns kommen könnte, wäre der Gedanke an eine Wiederaufnahme des Kampfes. Auch die Franzosen, mit denen wir uns in den vergangenen Tagen besprochen haben, sind weit entfernt davon, eine Wiederaufnahme des Kampfes und eine Bezeugung herbeizuführen. Falls man wirklich zu einer Bezeugung gezwungen werden sollte, so hat man in Frankreich nicht im geringsten den Wunsch, in den besetzten Gebieten zu bleiben. Die Franzosen haben uns in dieser Beziehung wiederholt die ausdrücklichsten Versicherungen gegeben. Italien und Japan sind der gleichen Ansicht wie wir, kurz und gut, alle Verbandsregierungen würden einmütig nur mit dem allergrößten Widerstreben die Notwendigkeit einer Bezeugung des deutschen Gebietes ins Auge fassen.

Erklärungen Briands

St. Paris, 6. Mai.

Nach seiner Rückkehr nach Paris erklärte Briand Zeitungsvertretern folgendes:

Wir haben endlich den Weg zur Durchführung des Friedensvertrages betreten. Das schätzenswerte Ergebnis von London besteht in der Mobilisierung der deutschen Schulden, deren Zinsendienst gleichfalls gesichert werden muß. Die Reparationskommission muß die Zahlungsmöglichkeiten für die ganze deutsche Schuld, sowie einen Amortisationsplan feststellen. Die Einsetzung der Garantienkommission ist von besonderer Bedeutung, um die Verwendung der Bots, die Deutschland zur Sicherstellung seiner Schuld auszugeben hat, überwachen zu können. Der gegenwärtige Zustand der Unsicherheit ist endgültig behoben. Alle alliierten Sachverständigen stimmen darin überein, daß Deutschland die Verpflichtungen erfüllen kann, die gefordert werden, ohne ruiniert zu werden. Wenn bis zum 13. Mai die Deutschen mit der Durchführung nicht begonnen haben, erfolgt automatisch die Ruhrbesetzung. Frankreich will keine Worte, sondern Taten. Solange der Jahrgang 1921 nicht genügend geklärt ist, bleibt der Jahrgang 1919 unter den Föhnen. Briand erklärte dann weiter, daß in der Frage der Sanktionen die Einstimmigkeit unter den Alliierten aufrechterhalten bleibe. Es werde eine zwölfköpfige Ultimatumskommission, um die Truppen in der Zeit vor dem Ruhrrevier konzentrieren zu können.

Wenn Frankreich isoliert geblieben wäre, wäre es allein in das Ruhrgebiet einmarschiert, doch es hätte kaum sein Geld bekommen. Jetzt aber wird, wenn die Sanktionen notwendigerweise in Kraft treten müssen, England an der Seite Frankreichs das Ruhrgebiet besetzen. Die internationalisierte Militärkommission unter dem Vorsitz des Generals Kollie wird der deutschen Regierung sofort den Auftrag erteilen, daß tausende Gewehre, die Kanonen gewisser Festungen, wie auch alle Maschinengewehre zu beschlagnahmen und die Einwohnerwehren aufzulösen sind. Weigert sich Deutschland, das zu tun, werden die Sanktionen sofort angewendet. Nimmt Deutschland die alliierten Bedingungen an, so hat es sofort 12 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Zahlte es diese Summe nicht, so wird das Ruhrgebiet besetzt. Bei seiner Ankunft auf dem Pariser Nordbahnhof wurde Briand mit großen Ovationen begrüßt.

Sitzung der Wiedergutmachungskommission

Paris, 5. Mai. (Havas.)

Die Mitglieder der Reparationskommission hielten sofort nach ihrer Rückkehr aus London eine offizielle Sitzung ab. Die Reparationskommission berief den deutschen Delegierten bei der Kriegslastenkommission zu einer offiziellen Sitzung, die heute abend neun Uhr abgehalten wird. Bei dieser Sitzung verständigt die Reparationskommission den deutschen Delegierten von der Zahlungsauffstellung, die sie festgelegt hat.

Wirth soll gehen

Von den bisherigen Ministern hat der Reichsfinanzminister Wirth bei den bürgerlichen Parteien stets die größte Gegnerschaft gefunden. Die Gerüchte, daß er deshalb bei der Neubildung des Kabinetts keine Berücksichtigung mehr finden werde, sind in hohem Maße wahrscheinlich. Dieses Fallenslassen Wirths ist um so bemerkenswerter, als er im Gegensatz nicht nur zu manchem seiner Parteifreunde, sondern auch zu manchen der „Fachminister“ der Deutschen Volkspartei ein fähiger Mensch ist, der sich seiner Aufgabe stets gewachsen gezeigt hat.

Aber gerade daraus ist die Gegnerschaft gegen ihn entstanden. Er hat dem Drängen der bürgerlichen Parteien nach dem beschleunigten Abbau der Besteuerungen einigemal Widerstand geleistet, und er hat noch in den Debatten am Sonnabend den Steuerdefraudanten in den bürgerlichen Parteien, die sich hinter ihren politischen Masken sicher glaubten, die Entlarvung angedroht. Das hat den großen Haß, der ohnedies gegen ihn bestand, noch wesentlich verschärft.

Gelingt es den bürgerlichen Parteien, ihn zu beseitigen, so zeigt das nicht nur, daß der sogenannte demokratische Flügel im Zentrum gänzlich einflusslos geworden ist, sondern daß auch die bürgerlichen Parteien die Absicht haben, in einer Zeit der ungeheuerlichsten Belastung des Reiches die Seienden nach Möglichkeit zu schonen. Der Arbeiterklasse stehen deshalb heftige Kämpfe auch auf diesem Gebiete bevor.

Der Fall Müller-Brandenburg

Der Landeskommissar für die Entwaffnung für Thüringen bittet uns um Aufnahme folgender Erklärung in eigener Sache:

In einem Schmähartikel in der Nr. 88 der rechtsradikalen in Berlin erscheinenden „Deutschen Zeitung“, auf dessen allgemeine Behauptungen zur disziplinarischen Untersuchung gegen Herrn Major Müller-Brandenburg ich irrtümlich einzugehen mit großer Bedauernde und noch nicht abgeschlossene Verfahren verbietet, wird unter anderem auch meine Person angegriffen. Es wird in diesem Elaborat behauptet, ich hätte der Generalkriegsregierung aus den provisorischen, von Herrn Oberregierungsrat Wagner hier vorgenommenen Vernehmungen oder aus der dann von der Thüringischen Staatsregierung eingeleiteten förmlichen Voruntersuchung zum Disziplinarverfahren gegen Major Müller-Brandenburg und einige andere Angehörige der Thüringer Landespolizei, Zeugenaussagen mitgeteilt. Diese Behauptung ist von A bis Z falsch.

In dem Artikel der „Deutschen Zeitung“ wird mein Name ferner in Verbindung gebracht mit einem angeblich in Weimar befindlichen Flugzeug. Von diesem Flugzeug habe ich durch die Presseveröffentlichung des Lampel, den die „Deutsche Zeitung“ sich zum Gewährsmann erloren hat, zum ersten Male etwas gehört. In meine Zuständigkeit als Landesentwaffnungskommissar gehören nur Waffen, Munition, Teile und Zubehör derselben,

aber nicht Flugzeuge. Der Anwurf der „Deutschen Zeitung“ gegen mich geht somit ganz und gar neben das Ziel.

In anderen, neuerdings von Weimar aus in der Reichspresse verbreiteten Artikeln zum Fall Müller-Brandenburg wird gesagt: „Ich sei ein Vertrauter der Beschuldigten und selbst erheblich belastet“. Diese Behauptungen sind ebenfalls restlos unwahr. Wenn ich auch nur mit einem Atom „belastet“ wäre oder bei den informativsten Vorerhebungen des Herrn Oberregierungsrat Wagner und sonstwo mein Name auch nur ein einziges Mal in irgendwelcher Aussage oder Angabe im Zusammenhang mit den gegen Herrn Major Müller-Brandenburg vorgebrachten Beschuldigungen bzw. mit einer „Belastung“ irgendwelcher Art hätte genannt werden können, würde wohl das Thür. Staatsministerium, das durch Beschluß vom 22. April d. J. mich auch der jetzigen Voruntersuchung als Kommissar beigegeben hat, mit gutem Grunde von dieser Beordnung abgesehen haben.

Weimar, den 4. Mai 1921.

Walter Rathenau.

Kommunale Mißwirtschaft

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet einen sehr erbaulichen Fall von Mißwirtschaft in einem bürgerlichen Magistratskollegium. In der Stadtverordnetenversammlung in Hörde in Westfalen am Montag fragten die Rechtssozialisten die Magistratsmitglieder an, mehr Gehalt bezogen zu haben, als ihnen von den Stadtverordneten bewilligt worden sei. So habe z. B. der Oberbürgermeister anstatt der genehmigten 28 000 M. sich nicht weniger als 77 000 M. auszahlen lassen.

Der Oberbürgermeister erklärte auf diesen Angriff, daß der Magistrat mit der Finanzkommission die Gehälter der Magistratsmitglieder nach staatlichen Grundsätzen festgesetzt habe, ohne allerdings einen Beschluß der Stadtverordneten darüber herbeigeführt zu haben. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag, daß die Magistratsmitglieder die zuviel bezogenen Gehälter zurückzahlen, wurde angenommen. Der Regierung soll über die unberechtigten Gehaltsbezüge Mitteilung gemacht werden.

Also sogar kommunale Beamte werden von der bürgerlichen Clique zum Zwecke der Bereicherung benützt. Zur Ausplünderung der konsumierenden Volksmassen durch räuberische Preistreiberei kommt die Ausplünderung der öffentlichen Klassen. Auf diesem Gebiete scheinen die Herren in Hörde hervorragende „Fachleute“ zu sein.

Maurenbrecher soll fliegen

Der wandelbare Herr Maurenbrecher hat sich nicht lange der Gnade der Berliner Alldeutschen zu erfreuen. Kürzlich hat der Geschäftsführer des „Deutschen Herold“, einer deutschnational-antifemistischen Organisation, in einer Versammlung erklärt:

1. Die Berufung Dr. Maurenbrechers hat geradezu katastrophal auf die „Deutsche Zeitung“ gewirkt.
2. Die Beziehung ist ganz außerordentlich zurückgegangen.
3. Dr. Maurenbrecher ist daher schon erledigt. Man hat Dr. Kämpf angestellt, welcher jetzt die ganze Zeitung leitet.
4. Dr. Maurenbrecher ist jetzt schon ohne jeden Einfluß. In absehbarer Zeit wird er ganz hinausfliegen.

Die „Deutsche Zeitung“ befreit zwar die Richtigkeit dieser Meldung und kündigt gegen die Verbreitung dieser Gerüchte gerichtliche Klagen an. Bei dem in der Deutschnationalen Partei oder herrschenden Intrigenispiel wird man sicher bald erleben, daß Maurenbrecher genau so plötzlich an die Luft gesetzt wird wie sein Vorgänger Reinhold Wulle. Renegaten erleben stets ihr verdientes Schicksal.

Attentat in Belgrad. Das serbische Pressebureau meldet aus Belgrad: Auf den Minister des Innern, Draskowitsch, wurde am Sonnabend, als er in seinem Automobil heimkehrte, von einem jungen Mann, dessen Identität bisher nicht festgestellt werden konnte, ein Revolveranschlag verübt. Der Beschuldigte wurde in Folge der Geistesgegenwart des Ministers, der den Angreifer mit seinem Regenmantel abwehrte.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, „Times“ meldet aus New York, daß wahrscheinlich David Jayne Hill zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin ernannt werden wird. Hill hatte diesen Posten bereits in den Jahren 1908 bis 1911 inne. Zum amerikanischen Botschafter in Tokio wurde Washburn Child ernannt.

Die Welt des Films

1. Vom Leinwandzelt bis zum Marmorpalast

Von Ricardus

Die sozialistische Presse liebt manchmal, Erfindungen zu ignorieren, die ihr nicht gefallen. Dadurch werden sie aber nicht besser. Wir wollen mit der Zeit, wie z. B. der Film, teils ignorieren, teils unbedeutend erachtet werden, brechen und ihn, der von so großem Einfluß auf Millionen ist, aufmerksam behandeln. Zunächst beginnen wir mit einigen einschlägigen, allgemeinen Artikeln.

Unsere heutige Jugend, besonders aber unsere Großstadtyugend — obwohl unter Entbehrungen jeder Art aufgewachsen — nimmt so manches Bestehende als selbstverständlich hin, ohne darüber nachzudenken, wie anders sich plötzlich das ganze Leben gestalten müßte, wäre dies und jenes nicht vorhanden.

Da ist z. B. das Telefon. Jedes Kind von fünf Jahren, das in der Stadt lebt, kann telefonieren, und das Telefon, sowie dessen Benutzung ist eine selbstverständliche Notwendigkeit. Aber alte Leute in der Kleinstadt oder auf dem Lande gibt es noch, die nicht telefonieren können, denn sie haben es noch nie getan. Als sie jung waren, gab es das nicht, und als sie alt waren, wollten sie nichts davon wissen, sondern überleben es den Jüngeren.

So ist es mit der Straßenbahn, der Eisenbahn und manchem anderen. Und nicht viel anders ist es mit dem Kino.

Die heutige Jugend kennt das Kino (soweit es die Volkzeit erlaubt) und kann sich kaum vorstellen, daß die Zeit noch gar nicht weit entrückt ist, da man noch nichts davon wußte und es auch gar nicht entbehrte. Aber alte Leute gibt es eine ganze Anzahl, die noch niemals ein Kino besucht.

Die Entwicklung der Kinematographie bis zu ihrem heutigen Stande hat einen außergewöhnlich schnellen Lauf genommen. Sie ist aufgebaut auf die Lehre von der Bewegung, und wir erinnern uns daran, daß es schon lange, bevor der Kinematograph seinen Einsatz fand, kleine Bücher gab, die bei schnellem Durchblättern, also bei raschem Bildwechsel, Bewegung der einzelnen Gegenstände oder der Personen zeigten.

Diese Bilder waren gezeichnet und täuschten in stufenweiser Veränderung das „Lebende“ vor. Hieraus aufgebaut ist die Vorführung der lebenden Bilder; aber eine andere größere Schwierigkeit lag in der Aufnahme.

Zwischen 1876 und 1882 brachte der Pariser Physiologe Marey seine photographische Platte, mit der er auf einer photographischen Platte, die in der Sekunde zwölfmal hin und her auf und abging, und nach weiteren Versuchen wurden gegen 1880 zum ersten Male Zelluloidfilme zur Aufnahme und Wiedergabe verwendet. Die Jahre 1895 und 1896

gellen als die eigentlichen Geburtsjahre des Kinematographen, denn nun wurden fast gleichzeitig in Paris, in London und in Berlin öffentliche Vorführungen veranstaltet, und die Entwicklung des Kinos begann ihren Lauf.

In den Großstädten waren es wohl hier und da Kasse, die zur Aufnahme der Zuschauer dienten, sonst aber war das Kino recht genüßlich. Es zog auf die Märkte und Messen und lockte durch schreiende Aufschriften und noch lauter schreiende Antreiber sein Publikum in das schmutzige Leinwandzelt. Dort saßen sie auf harten, schlecht geheizten Bretterbänken und sahen vor sich das zitternde, blinkende, aber doch „lebende Bild“. Dieses Bild brachte denn auch meist nichts Angenehmes weiter als seine Lebendigkeit, denn es zeigte entweder Aufnahmen eines fahrenden Juges, einer heranbrausenden Feuerweh, eines ankommenden Schiffes, oder es reizte durch Pflanzenarten und Trivoltitäten, z. B. durch eine Schlafzimmerebene, die aber erst interessant wurde, nachdem der Ehemann das Licht ausgedreht hatte.

Kaisertät im höchsten Grade.

Und der Zuschauer wunderte sich oft, daß bei jeder Gelegenheit, im Freien sowohl als auch im Zimmer, der Regen in Strömen floß. Eine Stunde lebende Bilder anzusehen war eine Strapaze für die Augen, und mancher kam mit Kopfschmerzen heraus.

Das ist anders geworden.

Die Aufnahmetechnik suchte unentwegt nach Verbesserung, und man kann wohl sagen, daß sie diese gefunden hat.

Die Motive, deren Zahl anfangs so dürftig war, als ihren Schöpfern noch — ohne daß sie es wußten — alles das zur Verfügung stand, was heute ausgeplündert ist, wurden langsam besser. Die Filmfabrikanten und Regisseure durchblättern die ganze bestehende Literatur, suchen mit der Laterne auf den Gebieten der Geschichte, der Wissenschaft, der Komik und der Technik alles herbei, was irgend Stoff für einen Film liefern konnte.

Die Schauspieler von Namen, die sich lange Zeit anglich fern hielten von allem, was Film hieß, kamen herbei, nachdem ihnen die Erkenntnis geworden, daß man auch als Filmdarsteller Künstler sein konnte; außerdem wurde diese Erkenntnis gut bezahlt.

So ging auch die Technik der Vorführung mit großen Schritten vorwärts. Auch sie strebte und strebt noch jetzt nach Verbesserungen; vollendet ist sie bis heute nicht. Aber das „Regnen“ hat aufgehört, das Bild ist klar und schön und es steht fast ganz ruhig auf der Leinwand.

Um „Theater“ zu sein, fehlte dem Kino doch etwas, das sich gerade in der Zeit seines Entstehens sehr bemerkbar machte; nämlich das gesprochene Wort. Hierfür mußte Ersatz geschaffen werden und man suchte ihn in Gestalt von Titeln, die aber vielfach so dürftig waren, daß einzelne Kinos sich Erklärer anstellten,

welche mit mehr oder weniger Humor und Sprechtalent dem Zuschauer die Ereignisse, die sich auf der weißen Wand entrollten, verständlich zu machen versuchten.

Langsam wurden die Manuskripte, die den Handlungen zugrunde gelegt wurden, besser, der Inhalt des Stückes durch Titel verständlicher gemacht und der Erklärer verlor seine Exklusivberechtigung. Gleichzeitig fand die Kunst des Kinematographen einen tüchtigen Gebilten in der Musik. Man geht wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß mit der Musik erst dem Unterhaltungsstimm die Seele gegeben ist.

Diese Musik machte ebenfalls verschiedene Metamorphosen durch, bevor sie ihre heutige Höhe erreichte. In großen Theatern spielen gut gesungene Orchester und in allerneuester Zeit wird sogar zu großen Filmen besondere Kinomusik komponiert.

Manche Begleiterscheinung des Films war nicht von Dauer und machte von dem, was heute an ihm haftet, wird wieder verschwinden. So ist die sogenannte Filmoper oder Filmoprette ein Experiment und wird auch kaum Lebensfähigkeit erlangen, denn von der Oper bis zum Film ist ein weiter Weg.

Mit der Qualität des Films stiegen auch die Ansprüche der Fabrikanten an den Theaterbesitzer. Infolge erhöhter Aufwendungen für die Schauspieler und die Requisiten wurde der einzelne Film immer teurer. Allerdings wurde auch mit der Verbesserung der Vorführungsapparate seine Lebensdauer eine größere. Daraus ergab sich eine Wandlung in der Abwicklung des Geschäftes zwischen dem Fabrikanten und dem Theaterbesitzer. Während anfangs sich ein Theater einen Film nach dem anderen kaufte und diesen seinen Bestand spielte bis zur völligen Abnutzung, griff nunmehr ein anderes System Platz. Die Theater erhielten die Filme für kurze Zeit — meist für eine Woche — leihweise und bezahlten dafür eine Leihgebühr. Dieses Verleihwesen besteht heute noch und die Preise, die das Theater zahlt, richten sich nach der Größe und Qualität des Films, nach der Leistungsfähigkeit (also der Besucherzahl) des Theaters und danach, ob Neuerscheinungen sofort — in erster Woche — gespielt werden oder erst, nachdem der Film bereits in anderen Theatern der gleichen Stadt oder des gleichen Stadteils gespielt ist. Somit erwirbt das Theater nur eine Spielberechtigung (Lizenz) für eine ganz bestimmte Zeit. Ohne Genehmigung des vorleihenden Lizenzinhabers darf der Film außer dieser Zeit nicht öffentlich vorgeführt werden, wie auch niemand, der auf irgendeine Weise einen Film ohne das Lizenzrecht erwirbt, ihn ohne weiteres öffentlich vorzuführen darf, denn die Werke der Kinematographie genießen den gleichen Schutz, wie Werke der Literatur oder Kunst.

Wie nun die Technik der Aufnahme zur Vollendung strebte, die Form und das Wesen der Handlung im Film höhere Stufen erstieg und die Vorführung sich aller möglichen Hilfsmittel bediente

Der Aufstand in Oberschlesien

Ungenügende Abwehrmaßnahmen

Die deutschen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, und die Gewerkschaften aller Richtungen haben an die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission in Opatowitz ein Telegramm gerichtet.

In diesem Telegramm erheben die unterzeichneten Körperschaften, unter denen sich außer den Parteien und Gewerkschaftsvertretungen auch das Plebiszitkommissariat für Deutschland befindet, gegen die interalliierten Behörden die Anklage, daß sie nicht genügend Vorbeugungsmaßnahmen gegen den polnischen Putsch getroffen haben, obwohl die „Oberschlesische Grenzzeitung“ in einer Sondernummer am 1. Mai ganz offen das Signal für die Eröffnung des Aufstandes gegeben habe. Der interalliierten Kommission wird ferner vorgeworfen, daß sie bei der Bildung der Polizeitruppen nicht vorsichtig genug verfahren sei, so daß durch den starken Einfluß der polnischen Elemente die Polizei allmählich zu einer „Wehrmacht der polnischen Insurrektion“ geworden sei. Die Ost- und Südgrenze sei nicht genügend abgeschlossen gewesen, obwohl diese Abschließung von den Deutschen mehrfach gefordert worden sei. Unmittelbar vor dem Putsch seien Truppenkommandos sogar von der Grenze fortgenommen worden. Die zahlreiche Verletzung der Insurgenten mit Waffen liefere den Beweis, daß diese Waffenversorgung seit langem von Polen aus erfolgt sei. Wirksame Maßnahmen zur Erfassung dieser Waffen seien nicht getroffen worden. Ueber die Einwirkung der polnischen Aufstandsbewegung auf das wirtschaftliche Leben Oberschlesiens heißt es in dem Telegramm:

In Karf, Michowitz und Godykshütte, Kreis Beuthen, in Hohenlohehütte und Domb, Kreis Ratibor, wurden am 4. Mai die erwachsenen deutschen Männer von Insurgenten zum Wehrdienst gezwungen. Das gesamte Wirtschaftsleben ist gelähmt. Die selbst jetzt noch in sehr großem Umfange arbeitwillige Bevölkerung wird durch die bewaffneten Insurgenten an der Arbeit gehindert. Auf diese Weise soll die bis auf das kleinste vorbereitete Putsch künstlich der Charakter einer allgemeinen Volksbewegung aufgedrückt werden, die keineswegs vorhanden ist.

Das Telegramm schließt mit folgenden Sätzen:

Wir haben die Bekanntmachung vom 3. Mai 1921 begrüßt. Wir stellen an die Hohe Kommission nicht mehr die selbstverständliche Forderung nach der Schaffung gleichmächtiger Zustände. Unsere Eingabe hat nur den Zweck, der Hohen Kommission die Auffassung der deutschen Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen, die vor der Welt die Zustände darlegen wird, wie sie sich unter der Herrschaft der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission bis zum heutigen Tage haben entwickeln können.

Wir hoffen, daß diese Auffassung der deutschen Bevölkerung nicht getrübt ist von der vielen Deutschen leider noch immer im Blute sitzenden militaristischen Auffassung, daß gegen Volksbewegungen unter allen Umständen Kanonen und Flinten schußbereit zur Verfügung gehalten werden müssen. Wenn die in dem Telegramm aufgeführten Unterlassungen der alliierten Behörden und geschilderten Zustände sich als wahr erweisen, so wäre es allerdings nun erst recht dringende Pflicht der Interalliierten Kommission, für die schnelle Herstellung der Ruhe zu sorgen. Wir nehmen an, daß diese Kundgebung der deutschen Parteien und Gewerkschaften nicht den Zweck haben soll, Deutschland gegen Polen mobil zu machen und die Einschleppung von deutschen Truppen herauszufordern, die gewisse nationalistische Kreise immer noch brennend ersehnen.

Wreslau, 5. Mai.

M. T. B. meldet: In den späten Abendstunden war es zum ersten Male möglich, telephonische Verbindung mit Gleiwitz zu erhalten. Die Bevölkerung der Stadt lebt in banger Erwartung eines polnischen Angriffs, da sämtliche Landgemeinden im Umkreis bereits seit längerer Zeit in der Gewalt der Aufständischen sind. Tost ist noch immer besetzt und bildet eine

diente, wurde dem schnell groß gewordenen Kinde — Kino genannt — sein Kleid zu schädigen und zu eng und es schaute verlangend aus nach schöneren Gewändern. Genug der Verehrer waren vorhanden und so sollten seine Wünsche nicht lange unerfüllt bleiben.

Als in Berlin das erste große Kino erbaut wurde, gab es in Ländern außerhalb Deutschlands, z. B. Rußland, schon große und schöne Häuser, die in ihrer Ausgestaltung mit dem Komfortablensten Theater konkurrieren konnten. Aber auch in Deutschland blieb das erste dafür erbaute Haus nicht lange das einzige, sondern es regte sich gar bald in allen Teilen des Landes und überall wurden Kinos (vom Berliner mit dem wenig gemüht- und postenollen Namen „Kinentopp“ getauft) teils durch Neubau, teils durch Umbau eingerichtet. Und das Geschäft ging jahrelang so gut, daß überall an Vergrößerungen gedacht wurde. Es wurde angebaut und ausgebaut.

Das Kino also, das als Kind einherzog nach Zigeuner Art, wohnte — kaum erwachsen — in prunkhaften Gemächern.

Hier und da erinnert es noch an seine Herkunft.

(Weitere Artikel folgen.)

Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. In der Staatsbibliothek hielten Präsident, Hauptauswahlgang und die Vorsitzenden der Fachauschüsse der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ihre erste gemeinsame Sitzung ab. Vertreter des Reichsministeriums des Innern und des Kultusministeriums waren anwesend. Die Hochschulreferenten Preußens und anderer Hochschulländer und namhafte Gelehrte aus allen Teilen des Reiches nahmen an der Sitzung teil. Aus der eingehenden Aussprache ergab sich, daß die Notgemeinschaft nur in beschränktem Umfange die Lebensnotwendigkeiten für die Erhaltung der Weiterentwicklung der Forschung schaffen kann. Es wurde beschlossen, von den etwa 3000 deutschen wissenschaftlichen Zeitschriften rund 400 der für die Forschung wichtigsten zu erhalten. Zur Auffüllung der durch den Krieg entstandenen Lücken an ausländischer Literatur soll ein einmaliger größerer Beitrag zum Ankauf zur Verfügung gestellt werden, damit alle wichtigen ausländischen Zeitschriften wenigstens in ein bis zwei Exemplaren in Deutschland vorhanden sind, während ihre laufende Beschaffung im Wege des Austausches erfolgen soll. — Die aus Mangel an Versuchsmaterial und Instrumenten gegenüber dem Auslande immer mehr sinkende experimentelle Wissenschaft will man durch eine Einfuhrzentrale und Verleihanstalt von Apparaten und Chemikalien fördern. Für die medizinischen und biologischen Fächer ist außerdem eine Versorgung mit Tiermaterial anzubahnen. Ueber diese Zentralen, große Wissenschaftsgruppen umfassenden Aufgaben hinaus sollen durch 21 Fachauschüsse die dringendsten Bedürfnisse innerhalb der einzelnen Fächer nach einheitlichen Gesichtspunkten festgestellt werden. Der Fächer nach einheitlichen Gesichtspunkten festgestellt werden. Der Hauptauswahlgang, den Harnack leitet, wird diese Vorschläge der Fach-

Hochburg der polnischen Aufständischen, die auf dem Rathaus eine polnische Fahne gehißt haben. Feistretscham ist zur Stunde noch frei, jedoch wird auch hier ständig mit dem Einmarsch der Polen gerechnet. In Schönwald, südlich von Gleiwitz, haben sich 2—3000 Insurgenten versammelt, die ständig Munition und Waffen, darunter schwere Maschinengewehre und Minenwerfer, zugeführt erhalten. In der Stadt Gleiwitz selbst ist zurzeit noch alles ruhig. Der französische General de Brancos hat Vertretern der Stadt gegenüber die feierliche Zusicherung gegeben, er würde mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einen polnischen Angriff zurückweisen und dafür Sorge tragen, daß niemand an Eigentum oder Leben geschädigt würde.

Auch in Beuthen hat die Erregung der Bevölkerung zugenommen, zumal bekannt geworden ist, daß heute nachmittag ein polnischer Funktionär dem Vertreter des nach Opatowitz abgereisten Kreisintendanten von Beuthen-Land ein Ultimatum überreicht hat, das die Forderung auf ungehinderten Einzug der Insurgenten enthält, widrigenfalls diese die Stadt im Kampf nehmen würden. Ab neun Uhr abend sind die Straßen durch französisches Militär gesperrt. Gestern wurde ein französischer Offizier, der auf einem Lastkraftwagen von Hindenburg nach Beuthen unterwegs war, von polnischen Banden erschossen, weil das Auto auf Anruf nicht gehalten hatte.

Ausdehnung der Bewegung

Wreslau, 5. Mai.

Die im Kreise Groß-Strehlitz ausgebrochenen Unruhen haben sich jetzt auch auf den Kreis Opatowitz, und zwar bis in die unmittelbare Nähe der Stadt Opatowitz ausgedehnt. Die interalliierte Kommission hat die polnischen Offiziere und Mannschaften der Abtunungspolizei in Opatowitz durch französische Truppen entwaffnen lassen.

Opatowitz, 6. Mai, 1 Uhr nachts.

Die Polen sind gestern abend 8 Uhr in die Stadt Groß-Strehlitz eingedrungen. Ein gestern gefangen genommener Oberleutnant wurde als Parlamentär verwendet. Es wurde vereinbart, daß die Entente- und Apo-Truppen in ihren Kasernen verbleiben sollen. Die Franzosen hatten einen Toten und zwei Verwundete, die Italiener mehrere Verwundete. Der polnische Generalkommandant in Opatowitz und ein französischer Hauptmann von der Interalliierten Kommission befinden sich in Groß-Strehlitz; für morgen früh wird ein Vertreter der Kommission erwartet, der mit den Polen weiterverhandeln soll. In Seichowitz im Kreise Rosenberg wurde ein Pole schwer verwundet. Er gab zu, daß er zum 5. Grenzschuß-Bataillon, also zum regulären Militär, gehört und daß er in Zivil nach Oberschlesien geschickt worden ist.

In Ratibor, das vollkommen von den Aufständischen eingeschlossen ist, hat der italienische Kreisintendant den deutschen Plebiszitunterkommissar amtlich aufgefordert, 500 Mann für die Abtunungspolizei zu stellen. Die Befestigung ist bereits erfolgt, und Deutsche und Italiener kämpfen gemeinsam gegen die Polen. Die rechte Oberseite ist von den Polen besetzt, während die linke Oberseite noch von den Deutschen gehalten wird.

Der Oberste Rat und der Aufstand

Paris, 5. Mai.

Nach Mitteilungen der Pariser Morgenpresse hat der Oberste Rat daron Abstand genommen, sich mit der ober-schlesischen Frage zu beschäftigen. Auf die englischen Erklärungen habe die französische Delegation erklärt, der Augenblick sei nicht günstig, sich mit dieser Frage zu befassen.

London, 5. Mai.

Das neutrale Bureau verbreitet die Meldung, daß eine Anzahl polnischer Truppen, gut bewaffnet und ausgerüstet und mit Maschinengewehren versehen, an der Aufstandsbewegung in Oberschlesien teilgenommen habe. Es herrsche kein Zweifel mehr, daß der Aufstand vorbedacht war.

Le Rond kehrt nach Oberschlesien zurück

Paris, 5. Mai.

General Le Rond hat gestern nachmittag Paris verlassen, um sich auf seinen Posten in Oberschlesien zurückzugeben.

ausschüsse unter besonderer Berücksichtigung ihrer wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Tragweite nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel zu einem Gesamthaushaltsplan zusammenstellen, der dann das Eingreifen der Notgemeinschaft ermöglichen wird.

Venedig in der Südtsee. Eine vor kurzem von den Südtseeinseln zurückgekehrte japanische Expedition berichtet nach der Frankfurter „Mitschau“ über die geheimnisvollen Ruinen, die sich auf der Ramatol-Halbinsel an der Ostküste der Insel Ponape befinden. Man glaubt danach, daß diese Inseln bereits vor vielen Jahrhunderten von Japanern besiedelt waren. Die Ruinen sind gewaltige Bauten, errichtet in einer Zeit, als keine anderen Steinhäuser im Umkreis von Hunderten von Meilen vorhanden waren. Die Eingeborenen leben noch heute in elenden Bambushütten, und man kann das Vorhandensein dieser mächtigen Ruinen nur durch die Annahme einer anderen Bevölkerung in früheren Zeiten erklären. Teile der Mauern, die 6 Fuß dick und 20 Fuß hoch sind, stehen noch heute. Sechseckige Basaltfelsen wurden für die Fundamente dieser Bauten verwendet, während riesige vulkanische Felsstücke die Treppentufen bilden. Innerhalb der mächtigen Mauern, die dem Ansturm der Jahrhunderte widerstanden, findet und ebdt nun das Meer auf jenem Boden, der einstmal schön angelegte Gärten und Höfe enthielt. Tropisches Urwaldschloß wuchert zwischen den Mauern. Man nennt diese Ruinen das Venedig der Südtsee, und es sind runde, durchlöcherete Münzen gefunden worden, die vielleicht eine Spur für die nähere Bestimmung dieser einstigen Burgendauer ergeben können.

Eine Steuer auf Mühsinn. In Osmilh wird eine Art Summerkarte eingeführt. Personen, die nach der Sperrstunde in öffentlichen Lokalen angetroffen werden, sollen in der Zeit von 12 bis 2 Uhr, von 2 bis 4 Uhr, und von 4 Uhr an 10 scheidewandartige Kronen entrichten. Der Betrag kommt der sozialen Fürsorge der Stadt Osmilh zugute.

Tages-Notizen

Verhau gemaltes Theater. 1. Öffentliche Sitzung 5. Mai, nachmittags 3 Uhr im Hauptauswahlgang des neuen Reichstages: Erweiterung des Kreises der Theaterbesucher. — 2. Öffentliche Vorträge aus Anlaß der Mitglieder-Versammlung im Hofgarten (Museum) am Friedrichsplatz, abends 8 Uhr: 1. Die gemeinsamen Theaterbesucher-Vergewaltigungen im Hause des 18. Jahrhunderts (Generalintendant Geheimrat Dr. Leibschütz). — 2. Theater von heute und Verteilung der Rollen (Generalintendant Geheimrat Dr. Leibschütz). — 3. Bild und Sprache auf dem deutschen Theater (Frau Dr. Damsch-Damant, Hindemann, Düsselhoff).

Theater. Werner Krauß spielt Freitag, den 6., und Samstag Sonntag, den 7., den Sclaf in Schafepanto „Kaufmann von Venedig“ im Großen Schauspielhaus.

Vorträge. Ueber die Wirtschaft in der alten und der neuen Weltanstellung wird im Rahmen des Abendkurses „Wirtschaft und Technik“ Freitag, abends 8 Uhr, in der Deutschen Hochschule für Politik, Schulhof 6, Dr. Theodor Dorsch vortragen. Karten an der Abendkasse. — Auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Sozialpolitik, 11. April, 1921, 8. Paulsen über Kleinbauern und Großbauernwirtschaft (mit Aussprache) Sonnabend, nachm. 4 Uhr, im Sitzungssaal des Reichstages, Rathhofstraße 20-21.

Kleine Mitteilungen. Mittwoch abend 10 Uhr in Wien der Kritiker und Schriftsteller Max Kalbed, der bekannte Biograph von Brahms, gestorben.

Groß-Berlin

Der Pflugverkehr

Zu den bevorstehenden Pflugsfeiertagen am 15. und 16. d. M. wird mit einem sehr starken Ausflugsverkehr auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vortorbahnen gerechnet werden müssen. Da infolge der Verschiebung der Einfuhrung des Sommerfahrplans vom 1. Mai auf den 1. Juni dem allgemein bereits im Mai einsetzenden stärkeren Ausflugsverkehr noch nicht voll Rechnung getragen ist, so hat die Eisenbahndirektion Berlin für diese Feiertage und die übrigen Sonntage im Mai eine Verstärkung des Sonntagfahrplans vorgezogen. So werden auf der Strecke Grunewald-Stadtbahn-Grünau bereits in den Morgenstunden Einjahre gefahren werden, die die fahrplanmäßigen Züge ersetzen sollen. In den Nachmittagsstunden werden, etwa von 12 Uhr ab, von Grunewald über den Nordring nach Nieder-Schöneweide-Johannisthal halbstündlich besondere Verstärkungszüge gefahren, die im Fahrplan des Nordrings nicht enthalten sind. Weiterhin wird auch dem Ausflugsverkehr auf der Strecke Stadtbahn-Friedrichshagen-Ermer dadurch Rechnung getragen werden, daß eine Reihe von Zügen, die bisher in Friedrichshagen endeten, an den Sonntagen bis nach Ermer durchgeführt werden; die Züge nach und von Ermer werden durch diese Maßnahme in den Nachmittagsstunden nahezu verdoppelt. Endlich sollen noch in den Nachmittagsstunden ebenfalls halbstündlich neue Einjahre zwischen Grunewald über die Stadtbahn nach Friedrichshagen gefahren werden.

Der Steuersekretär mit den zwei Seelen

Der Steuersekretär Schulz vom Umschlagamt war für viele Leute, die mit ihm zu tun hatten, ein „schwieriger“ Beamter. Viele Geschäftsleute erhielten zur Nichtigstellung seinen persönlichen Besuch. Schulz tat immer so, als wenn er dieses oder jenes nicht für richtig hielt und ließ sich die Bücher vorlegen. Bei dem einen oder dem anderen mochte auch wohl nicht alles ganz in Ordnung sein. Wenn Schulz das merkte, so meinte es sei ja gar nicht zu verwundern, wenn der Geschäftsmann nicht leicht den Verlust mache, auch bei der Steuer eine Kleinigkeit zu sparen. Die ganze Lage sei ja trübsalig und verlasse nur allzu leicht dazu. Jeder sollte ja an seinem eigenen Leibe, wie es mit uns stehe, er selbst nicht weniger als alle andere. Deshalb habe er auch zwei Seelen in seiner Brust, eine weiße und eine schwarze. Die weiße Seele gebiete ihm, dem Staatsbeamten, genau nach dem Wort und Sinn des Gesetzes vorzugehen. Die schwarze Seele dagegen empfehle ihm einen mildereren Weg. Sie habe nichts dagegen, wenn er auch einmal ein Auge zudrücke. In diesem Kampfe der Seelen, den Schulz auch noch eingebender und deutlicher auszumalen pflegte, siegte immer die schwarze Seele. So erzielte der Steuersekretär neben dem Gehalt, das er als Staatsbeamter bezog, noch eine ganz nette Neben-einkünfte als Privatmann. In einem Geschäft des Zentrums erhielt Schulz zunächst einen Vorstoß, den Rest sollte er sich später holen. Die Unterhaltung wurde dabei so laut geführt, daß auch Unbeteiligte sie vernahmen. Diese sprachen dann weiter darüber, „wie es gemacht werde“, und so kamen die Doppelbeurteilungen auch zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Als Schulz wieder in das Geschäft kam, um den Rest in Empfang zu nehmen, erwarteten ihn Kriminalbeamte und nahmen ihn fest.

Sechs Lichtbilder-Vorträge veranstaltet der Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“, Bezirk Berlin, im Monat Mai in den verschiedensten Berliner Stadtteilen. Durch die Vorträge, die jeder einen der schönsten Teile der Mark Brandenburg in Wort und Bild behandeln, ist allen Genossinnen und Genossen Gelegenheit gegeben, unsere mit Anrecht als „Streulandbüchse“ verlässliche engere Heimat kennen zu lernen. Die Vorträge finden statt: Dienstag, 3. Mai (Schulaula, Wittenwälder Str. 38), Wanderungen eines Arbeiters durch die Mark. Freitag, 6. Mai (Schulaula, Lütticher Str. 38), Ermer, Käfersdorfer Kalkberge, Strausberg. Donnerstag, 12. Mai (Schulaula, Kaiserstr. 5-7), Blumenthal und Märkische Schweiz. Freitag, 20. Mai (Schulaula, Zwinglistraße 2), Bernau und seine Umgebung. Dienstag, 24. Mai (Schulaula, Lütticher Str. 4), Arbeiter, Natur und Wandern. Dienstag, 31. Mai (Schulaula, Grünhafer Str. 5), Der Spreewald. Einlaß 6 1/2 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Karten zu je 1,10 M. einlaß. Steuer, bei Maschul, Brühlstraße 14, Wagner, Michaelkirchplatz 6, (für alle Vorträge), zu den einzelnen Vorträgen an den durch Plakate gekennzeichneten Stellen, sowie an der Abendkasse. (Ausgeschnitten und aufbewahren!)

Marientorf. Der für heute abend angelegte Kursusvorles des Genossen Seger muß leider ausfallen.

Schuh den Schmuckanlagen. In der gegenwärtigen Zeit, in der unsere Plätze und gärtnerischen Anlagen im prächtigsten Frühlingsschmuck stehen und durch ihren herrlichen Blütenduft jeden Besucher erfreuen, mehren sich leider die Fälle, in denen gewissenlose Menschen durch Entwendung von Blumen, Abbrechen von Zweigen und sonstigen Beschädigungen sich in rücksichtsloser Weise an städtischen Eigentümern vergehen. Im Interesse der Allgemeinheit wird gegen alle zur Anzeige gebrachten Freuler unnahezu einge-griffen. Die Einwohnerschaft wird gebeten, dem Bestreben, die öffentlichen Anlagen unverfehrt zu erhalten, die weitgehendste Unterstützung anzugeben zu lassen und Fälle der erwähnten Art unverzüglich anzuzeigen. Im übrigen werden insbesondere die Eltern eruchtet, ihren Kindern das Betreten und Beschädigen der Gartenanlagen aufs strengste zu unterlagen.

Genosse Peters schreibt uns zu dem Bericht über die Bezirksversammlung des 15. Verwaltungsbezirks (Temptow): Der gegen meine Wahl zum Stadtrat beim Oberpräsidenten eingeleitete anonyme Protest, dessen Wortlaut mir zwar nicht bekannt war, aber dessen Inhalt mir mitgeteilt ist, hat meine persönliche Ehrenhaftigkeit nicht angezweifelt. Der Anonymus verluchte nur, mich verantwortlich zu machen für die vor meiner Amtstätigkeit eingetretene Mißwirtschaft in der Lebensmittellieferung. Diese ist aber gerade durch mein Eingreifen beseitigt worden, wie die Untersuchung einwandfrei festgestellt hat, was übrigens den Organen unserer Gemeinde längst bekannt war. Der Anonymus ist offenbar einer derjenigen, die in eigen-nütziger Weise die Mißwirtschaft selbst herbeizuführen hatten und darum durch mein Eingreifen ausgeschaltet worden sind.

Volksbildungsamt Neukölln. Am Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, veranstaltet das Volksbildungsamt Neukölln unter Mitwirkung des Ortsverbandes freier Bühnenkünstler eine Aufführung von Goethes „Iphigenie auf Tauris“ im Wallner-Theater, Berlin, Wallnertheaterstr. 35. Iphigenie: Frau Mannschild-Lehmann vom Deutschen Theater a. G. Eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten, die aus der Verlosung ausgeben, sind im Bureau des Volksbildungsamtes, Rathaus, Zimmer 257, erhältlich. Alle übrigen Plätze des Theaters werden eine Stunde vor Beginn der Vorstellung im Vorraum verlost. Anweisungen zum Eintrittspreis von 3 M. sind bei den durch Säulenanschlage bekanntgegebenen Verkaufsstellen erhältlich. In dem Preise sind die Kleiderablage und der Theaterzeitung einbezogen.

Selbstmord? Der Forschungsreisende Alfred Schuster wurde vorgestern an der Döberide als Verdrückter aus dem Wasser gezogen. Ob Selbstmord, Unfall oder Verbrechen vorliegt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Eine Liebesstragdie. Mittwoch vormittag wurden in der Nähe von Bichelsberge auf den alten Schloßwänden der Kaufmann Karl Vietrow und eine gewisse Vertha Quade, beide aus Hlensburg, erschossen aufgefunden. Allem Anschein nach hat Vietrow seine Begleiterin und sich erschossen. Das Motiv ist noch unbekannt, doch dürfte hier eine Liebesaffäre ihr blutiges Ende gefunden haben.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Zunächst übernehmend heiter, am Tage wärmer, bei mäßigen südöstlichen Winden, nachher wieder zunehmende Bewölkung und etwas Regen.

Gewerkschaftliches

Technische Angestellte und die Sanktionen

Wie wir bereits mitteilten, findet heute und morgen in Berlin der 2. Bundestag der technischen Angestellten und Beamten statt...

Sonnenschmidt besuchte die Motive der französischen Nachahrer, die die Absicht haben, Deutschland auf den Stand von 1870 zurückzuführen...

Von den eingeladenen und erschienenen Rednern sprach als erster Dr. Walter Rathenau, der sich teilweise den Ausführungen Sonnenschmidts anschloß...

Diese Tagung zeigt jedenfalls, daß die technischen Beamten und Angestellten volles Verständnis für die großen Zeitfragen haben...

Kommunistischer "Sieg"

Die "Rote Fahne" berichtet mit Behagen über ihren, durch bürgerliche Gerichte erzwingenen, "Sieg" über die "Dihmänner" in Halle.

Inzwischen erfahren wir über den ganzen Hergang der Angelegenheit folgendes: Der Rechtsbeistand, Dr. Falkenheimer, dem unsere Genossen die Vertretung übertragen, erreichte folgenden Gerichtsbeschluss:

Gegen Paul Weyer, Otto Häsel, Alwin Rosebach, Karl Datzel, Heinrich Fehnel in Halle (Saale), Verhelfeldstraße 14, hat das Amtsgericht im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet:

Den Antraggegnern wird bei Vermeidung einer strafrechtlichen Strafe von je 1500 M. für jeden Zuwiderhandlungsfall und für jeden Zuwiderhändler untersagt:

- 1. Die Bezeichnung "Deutscher Metallarbeiter-Verein" mit oder ohne den Zusatz "Ortsverwaltung Halle" und mit oder ohne Zusatz "Verhelfeldstraße 14" zu führen;
2. sich als die "Ortsverwaltung" zu bezeichnen;
3. ferner die Behauptung aufzustellen, daß die proletarische Ortsverwaltung Halle sämtliche Inventar, das Vermögen und die Räume im Harz Nr. 42/44 herauszugeben resp. zu verlassen habe;
4. die Behauptung aufzustellen: "Ein bürgerliches Gericht hat entschieden, daß der Vorstand das Selbstbestimmungsrecht der Metallarbeiter mit Füssen getreten habe";
5. Beitragsmarken des Deutschen Metallarbeiter-Vereins in irgendeiner Form, mit irgendeinem Aufdruck zu vertreiben und irgendwelche Mitgliedsbeiträge zum Metallarbeiter-Verein von den Mitgliedern des Verbandes zu erheben."

In dem Urteil heißt es weiter:

Die einstweilige Verfügung vom 11. April 1921 wird dahin abgeändert, daß die Herausgabe der Verbandsgeschäftsstelle nebst den Räumen, dem Inventar und Verbandsvermögen an einen von dem Vollstreckungsgericht Halle zu bestimmenden Sequester zu erfolgen hat.

Die Kosten werden dem Antraggegner auferlegt, das Urteil ist vorläufig vollstreckbar."

Mitbin bedeutet das Urteil einen völligen Misserfolg der Kommunisten und eine Rechtfertigung und Rechtmäßigkeit des Vorgehens unserer Genossen seitens der Ortsgruppe in Halle und der Zentrale in Stuttgart.

Wieso die "Rote Fahne" zu ihrer ausposaunten Tatarennachricht faum, ist uns unerfindlich. Jedenfalls: noch mehr solche "Siege", und die Kommunisten sind verloren.

An alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellte und Betriebsräte!

Am 23. Mai beginnt der neue Unterrichtsabschnitt der Betriebsrätschule. Die vorgerückte Jahreszeit erfordert die Abhaltung kürzerer Lehrgänge (von 3 bis 5 Doppelstunden), da wir sonst zu tief in den Hochsommer kämen...

Außer Kursen über das Betriebsrätegesetz und solchen, die sich auf die Anwendung dieses Gesetzes beziehen, werden Einzelfragen behandelt werden, die, obwohl sie von besonderer Wichtigkeit für die Arbeitnehmerbewegung sind, im Laufe des bisherigen Unterrichts nicht genügend berücksichtigt werden konnten.

- „Die weltwirtschaftliche Lage auf Grund des Friedensvertrages.“
„Das Existenzminimum und keine Errechnung.“
„Waldutaprobleme.“
„Tarifwesen.“
„Die rechtlichen und wirtschaftlichen Aufgaben der Betriebsräte.“
„Konzentrationsbestrebungen in der Großindustrie.“
„Zum Vergleich mit modernen Großbetrieben.“
„Die wissenschaftliche Betriebsführung (Taylor-System).“
„Wirtschaftspsychologie.“
„Volkstraiten und ihre Befämpfung.“

Außerdem finden unter besonderem Hinblick auf das Betriebsrätegesetz folgende Kurse statt: „Das Betriebsrätegesetz.“ „Der Betriebsobmann im Kleinbetrieb.“ „Die rechtlichen Aufgaben der Betriebsräte nach §§ 66 bis 72 des R. N. G.“

„Wie liest der Betriebsrat eine Bilanz?“

Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten auf, an diesen Kursen teilzunehmen. Unterrichtsverschnitte und Hörerkarten sind bei den Ortsvereinigungen sämtlicher freigewerkschaftlichen Verbände erhältlich.

Die Kurse werden in verschiedenen Gegenden Berlins abgehalten, sobald alle die Möglichkeit zur Teilnahme gegeben ist.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale f. d. Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. Abteilung Rätechule.

Auf die immense Wichtigkeit der Kenntnis des Betriebsrätegesetzes und all ihrer Einzelfragen haben wir wiederholt hingewiesen. Hier ist nun für unsere Berliner Genossen Gelegenheit, sich all diese Kenntnisse mühelos anzueignen, weshalb eine lebhaftige Beteiligung an den angeführten Kursen zu wünschen und zu empfehlen ist.

Her mit der Sonntagsruhe!

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine äußerst gutbesuchte Berammlung der Angestellten der Lebensmittelgeschäfte am 2. Mai in den Sophienjalen. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat der Kollegin Weinderg vom Zentralverband der Angestellten wurde die nachstehende, von der Berammlung eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die am 2. Mai tagende öffentliche Berammlung der kaufmännischen Angestellten aus dem Lebensmittel-Kleinhandel Groß-Berlins fordert die Beseitigung der Sonntagsarbeit. Die Berordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 ersetzt den § 105 b Absatz 2 der Gewerbeordnung durch neue Bestimmungen. Gleichzeitig werden damit alle Sonder- und Ausnahmebestimmungen außer Kraft gesetzt, die für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf Grund des § 105 b Absatz 2 und 3 der Gewerbeordnung erlassen sind.

Die in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände werden er sucht, sich auf den Boden dieser Forderung zu stellen. Sollten dies die Arbeitgeber ablehnen, so werden die Angestellten des Lebensmittel-Kleinhandels ab 1. Juli d. J. nicht mehr bereit sein, Sonntags zu arbeiten, dies um so mehr, als die Sonntagsentnahmen des Unternehmers vielfach die Unkosten nicht decken. Um

einer Benachteiligung des einzelnen Geschäftsinhabers vorzubeugen, ist eine ordnungsgemäße Regelung nötig.

Die Angestellten beauftragen deshalb den Zentralverband der Angestellten, alle notwendigen Schritte einzuleiten. Die geschlossene Einigkeit dieser Angestellten wird dafür sorgen, daß die seit Jahren geforderte vollständige Sonntagsruhe nunmehr baldigst eingeführt wird.

Unternehmertricks und Sanktionen

Die politische Lage, die sehr ungeklärt ist, benutzen die Unternehmer zu einem Vorstoß gegen die Arbeiter, um ihnen schlechte Arbeitsbedingungen aufzuzwängen.

Hiermit kündigen wir Ihnen die bei uns innegehabte Stellung mit 14tägiger Frist und zwar am 13. 5. c. z. Von da ab sind wir bereit, mit Ihnen in neue Vereinbarungen zu treten.

gez. Berliner Transportverein Hanja.

Der Stil des Briefes verrät schon den faulen Zauber, den diese Firma treibt. Erst kündigt sie wegen voranschreitendem Mangel an Arbeit, dann will sie erneut „neue Vereinbarungen“ (lies Verschlechterungen) treffen.

Es gilt, hier wachsam zu sein und zu zeigen, daß solche Offenstosslüste, die die Lebenshaltung der Arbeiter herabzuziehen zum Inhalt haben, auf Granit stehen werden.

Es erweist sich angesichts all dieser Unternehmerangriffe als dringend notwendig, die Gewerkschaften kampftätig zu erhalten und zu stärken. Dann werden solche Tricks, wie wir sie hier gezeigt haben, keine Aussicht haben, zum Durchbruch zu kommen.

U. S. P.-Funktionäre des Transportarbeiter-Verbandes. Heute abend, 7 1/2 Uhr, findet in den Musikerkalen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a, eine sehr wichtige Besprechung statt.

Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg. J. A. A. Holz.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Das Reichsarbeitsministerium hat den Nachtrag vom 14. Januar 1921 zum Tarifvertrag vom 1. Dezember 1919 für die Angestellten der Damenwäschefabriken, Schürzen-, Unterrock- und Kinderkleiderfabrikation für die Einzelgemeinde Berlin mit Wirkung vom 1. Januar 1921 für allgemein verbindlich erklärt.

Aus den Organisationen

Banken. Bankabstimmungsamt. Die für Sonntag, den 8. Mai, angelegte Kasse der an der Ribbenmacher Bahn gelegenen Crie kann nicht schließen. Über den nächsten Termin erteilt besondere Bekanntmachung.

Freitag, 6. Mai

- 8. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

Sonnabend, 7. Mai

- 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

Sonntag, 8. Mai

- 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

Montag, 9. Mai

- 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

Lebensmittelkalendar

Februar. Abschnitt 1 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 800 Gr. ammt. Meismühl. Abschnitt 6 der Berliner Lebensmittelkarte 500 Gr. Karlsruhermehl. 1 Woche Ratzelbäckwaren. Abschnitt 81 der Zuckerkarte 500 Gr. Zucker.

Verantwortlich für Inhalt u. Vertrieb: Leo Dieckhoff, Berlin-Gröden; für Redaktion: Dr. G. M. S. Berlin; für Anzeigen: Dr. G. M. S. Berlin; für Druck: Dr. G. M. S. Berlin.

Schuh-Stage Alt-Kölln. Köllnischer Fischmarkt 1, 1. Etg., zwischen Spartaße u. Breite Str. Schuhwaren. Unerreichtes Pfingstangebot in la Hauschuhe aus Stoff und echtem Leder.

Wanderkarten. für alle Gegenden erhält man in der Buchhandlung „Freiheit“ Breite Straße 8-9.

Preiswert und gut kauft man Damen- u. Herren-Stoffe im Tuchhaus M. E. FREITAG Berlin, Molkenmarkt 14/15.

Dachpik - Schwarz und Farbig. Klebemasse / Dachpappe Dachpik-Gesellschaft, Alt-Moabit 75.

IGBD Funktionäre des Internat. Bundes von Großberlin. Sämtliche Funktionäre des I. B. werden gebeten, sich zu einer äußerst wichtigen Besprechung, in der auch Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt werden sollen.

Theodor Storm Meister-Novellen 454 Seiten Text. Inhalts-Verzeichnis: Jmmensee / Viola tricolor / Im Schloß Aquis submersus / Garsten Curator / Der Schimmelreiter / Mehrere Gedichte.

Kleine Anzeigen. Verkauf. Stauraumregeln! Kruppstähle 40.-, Hartstähle 70.-. Einrichtungsgegenstände. Klempnerwagen kauft Gaus, Nordboller Straße 12. Spieltheater Christiana, Köpenicker Str. 20.